

**Brief des Politbüros des Zentralkomitees  
der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands  
an den Vorsitzenden  
der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands,  
Willy Brandt**

Durch den Beschluß des westdeutschen Bundestagspräsidenten, die Tagung der westdeutschen Bundesversammlung in Westberlin, also außerhalb der Grenzen der westdeutschen Bundesrepublik, durchzuführen, sind die Spannungen verschärft worden.

Uns wurde bekannt, daß in der SPD die Frage erörtert wird, in der Regierung die Frage der Verlegung der Bundesversammlung in eine westdeutsche Stadt aufzuwerfen. Wenn die sozialdemokratischen Minister einen solchen Beschluß der Bundesregierung und eine Entscheidung des Bundestagspräsidenten herbeiführen könnten, würde das eine Milderung der Spannungen bedeuten.

Da Westberlin eine selbständige politische Einheit ist, könnte der Senat von Westberlin in diesem Fall an die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik betreffs der Gewährung der Möglichkeit des Besuches der Hauptstadt der Deutschen Demokratischen Republik für Westberliner Bürger zu Ostern 1969 herantreten. Nach unserer Information ist die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik bereit, diesen Vorschlag positiv zu prüfen.

*Für das Politbüro des Zentralkomitees  
der Sozialistischen Einheitspartei  
Deutschlands*

*Walter Ulbricht  
Erster Sekretär*

Berlin, den 21. Februar 1969